



2017/21 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/21/es-menschelt-unter-der-vermummung>

In Würzburg wird über die richtige Strategie gegen Nazis gestritten

Es menschelt unter der Vermummung

Von **Kevin Culina**

Würzburg hat sich in den vergangenen Jahren zu einem beliebten Ort für Naziaufmärsche entwickelt. Die antifaschistische Bündnispolitik hat in der konservativen Stadt nicht nur Freunde.

Zwei vermummte Personen betreten die Bühne. In schwarzem Windbreaker, mit schwarzer Mütze und schwarzem Tuch über dem Gesicht greifen sie zum Mikrophon und begrüßen die Zuhörerinnen und Zuhörer in fränkischem Dialekt. Eine antifaschistische Gruppe hat in Würzburg zur Diskussion über den Protest gegen Nazidemonstrationen geladen, deren Zahl in jüngster Vergangenheit in der Stadt zugenommen hat. Neben linken Antifaschisten waren Vertreter von Parteien und Kirchen, engagierte Bürger und sogar die Polizei geladen. Die Veranstalter wollten Vorbehalte abbauen. Denn »unter jeder Vermummung«, sagt der Redner, stecke »ein ganz normaler Mensch«, während er sich das Tuch vom Gesicht nimmt.

Würzburg war in den vergangenen Jahren immer wieder Schauplatz rechtsextremer Versammlungen. So versuchten im Juli 2016 sowohl die NPD als auch die AfD, den Anschlag eines IS-Terroristen in der Nähe von Würzburg für rassistische Demonstrationen zu instrumentalisieren (Jungle World 30/16). Auf der Kundgebung der neonazistischen Kleinpartei »Der III. Weg« im Februar wurde vor etwa 250 Teilnehmern die Bombardierung Würzburgs durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg als »alliierten Bombenterror« bezeichnet. Bundesweite Aufmerksamkeit erregte die Entscheidung der Stadt Würzburg, die Verwendung von Fackeln zu genehmigen. Entsprechend erinnerte der Auftritt der Neonazis an Aufmärsche in der Zeit des Nationalsozialismus.

Anlass der antifaschistischen Veranstaltung Ende der vergangenen Woche war die Kritik des Blogs »Würzburg erleben« an der Beteiligung von »Linksextremisten« am Protest gegen die Nazis. Das Blog erfreut sich in der Stadt großer Beliebtheit. Es wird unter anderem von einem jungen CSU-Mitglied betrieben. Die Kritik richtete sich besonders gegen den SPD-Landtagsabgeordneten Georg Rosenthal, den katholischen Studentenseelsorger Burkhard Hose und den Oberbürgermeister Christian Schuchardt. Der 2007 aus dem Ruhrgebiet zugezogene Schuchardt ist CDU-Mitglied und wurde 2014 als

gemeinsamer Kandidat von CSU, FDP und Würzburger Liste ins Amt gewählt. Schuchardt, Rosenthal und Hose liefen auf der Demonstration des bürgerlichen Bündnisses »Würzburg ist bunt« gegen den Aufmarsch von »Der III. Weg« hinter einem Transparent, auf dem - unter anderem ein Antifa-Logo zu sehen war. Unter den 2 500 Demonstrantinnen und Demonstranten entdeckte »Würzburg erleben« auch einige schwarzgekleidete und fragte, ob »der Feind meines Feindes« der richtige Bündnispartner sei.

In der vergangenen Woche lud »die Antifa« deshalb zum gegenseitigen Kennenlernen. In einer bürgerlichen Kneipe mitten in einem von Burschenschaftshäusern geprägten Ortsteil am Main versammelten sich etwa 150 Interessierte. Mehrere Redner führten in die Geschichte antifaschistischer Gruppen ein, kritisierten die Stadt für ihren laxen Umgang mit Naziveranstaltungen und berichteten von rechtsextremen Netzwerken in und um Würzburg. Zur Aussprache über die antifaschistische Beteiligung an Protesten erschienen Hose, Rosenthal, Simone Barrientos (Linkspartei) und Eva Peterle vom Würzburger Flüchtlingsrat.

Auf dem Podium herrschte weitgehend Einigkeit. Antifaschismus sei wichtig, die Beteiligung antifaschistischer Gruppen sei hierfür in einer »engagierten Zivilgesellschaft« notwendig, so der Tenor. Es gehe darum, so alle Gäste in ähnlichen Worten, »zusammenzustehen« gegen rechts. Das schließe die Kirche ebenso ein wie »demokratische Parteien« und »die Antifa«.

Priester Hose betonte die gute und wichtige Zusammenarbeit mit Menschen, die sich gelegentlich durch »friedlichen zivilen Ungehorsam« über Gesetze hinwegsetzten, um Naziaufmärsche zu verhindern. Einer der beiden Antifaschisten auf dem Podium verwies auf »No-go-Areas«, die Nazis in manchen Gegenden Ostdeutschlands und in Teilen Dortmunds schon errichtet hätten. Dies gelte es in Würzburg zu verhindern.

Misstrauen gegenüber der Polizei, mahnte der SPD-Abgeordnete Rosenthal, führe zu »verhärteten Fronten«. Polizisten dürften nicht als Gegner, sondern sollten als »ganz normale Staatsbürger« betrachtet werden. »Undifferenzierte Feindbilder« müssten abgebaut werden.

Wohl aus Sorge um das gedeihliche Miteinander stellte niemand die Frage, warum gerade Würzburg unter den häufig aus ganz Bayern anreisenden Nazis so beliebt ist. Die Antwort wäre für manch Anwesenden wahrscheinlich unangenehm gewesen. Die Stadt beweist bei ihren Gedenkveranstaltungen zur Bombardierung im März 1945 nämlich immer wieder das Talent, ganz großen Versöhnungskitsch aufzubieten, ohne zu merken, dass es nur den Gegnern Nazideutschlands zusteht, Versöhnungsangebote zu machen. Zudem hat das Gedenken auch geschichtsrelativistische Untertöne: Die Mär von den unschuldigen »Trümmerfrauen« wird ebenso alljährlich erzählt wie die Geschichte vom apokalyptischen »Schicksalstag«, an dem Würzburg »im Bombenhagel der Alliierten unterging«, wie es ein Lokalblatt im Jahr 2015 ausdrückte.

So ging im Bemühen um ein breites Bündnis gegen den Rechtsextremismus die Kritik an der städtischen, von den bürgerlichen Parteien getragenen Gedenkpolitik ebenso unter wie die Diskussion, ob sich Antifaschismus darin erschöpfen sollte, Neonaziaufmärsche zu blockieren. Die Frage, wie ein »klärendes Gespräch« mit der bayerischen Polizei aussehen

soll, konnte der Abend selbstverständlich auch nicht beantworten.

© Jungle World Verlags GmbH